16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Linksfraktion

Gesamtkonzept zur Eindämmung von Spielhallen und Spielsucht (III): Spielsucht vorbeugen, Prävention ausbauen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, im Rahmen eines Gesamtkonzepts zur Eindämmung der Spielhallenflut und der Spielsucht in Zusammenarbeit mit den Bezirken die Präventionsarbeit zur Verhinderung von Spielsucht auszubauen und um neue Präventionsprojekte und –kampagnen zu ergänzen.

Insbesondere sind präventive Aufklärungsangebote zu Risiken des Automatenspiels für Jugendliche bereits in den Schulen, aber auch in sonstigen Jugendeinrichtungen oder internetbasierten Angeboten wie beispielsweise dem „jugendnetz-berlin.de“, einzurichten bzw. zu verstärken. Für Erwachsene sind Angebote in Betrieben und öffentlichen Einrichtungen, z.B. in Form von Informationsschriften oder Veranstaltungen zur Glücksspielsucht, zu fördern.

Bereits etablierte Einrichtungen wie das „Präventionsprojekt Glücksspiel“ der Fachstelle für Suchtprävention oder das „Café Beispiellos“ sind finanziell und personell in die Lage zu versetzen, ihr Präventionsangebot zu erweitern. Unter anderem ist die berlinweite Aktion „Fauler Spiel! Der Automat gewinnt immer“ (www.fauler-spiel.de) der Fachstelle für Suchtprävention auszuweiten und durch gezielte Kampagnen noch umfassender öffentlichkeitswirksam zu platzieren. Auch zusätzliche Aktionen und Kampagnen sind zu prüfen und anzustoßen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.03.2011 über die Umsetzung zu berichten.

Begründung:

Die Zahl der Spielhallen explodiert in fast allen Berliner Bezirken. In den letzten vier Jahren hat sich die Zahl der Geld-Gewinnspielgeräte in Berlin von 5.882 auf 10.246 nahezu verdoppelt (Anzahl der Geräte am 31.12.2005 und 30.06.2010). Die Spielhallenflut bringt massiven wirtschaftlichen und sozialen Sprengstoff in die Kieze. Deren Betreiber zahlen jede Miete, verdrängen den traditionellen Einzelhandel und die Spielhallen verschandeln die Einkaufsstraßen.

Eine aktuelle Erhebung der Berliner Fachstelle für Suchtprävention zeigt drastisch auf, dass viele Spielhallenbetreiber den Jugend-, Spieler- und Nichtraucher-schutz nicht einhalten. Rund 80 % der Spielsüchtigen in Berlin sind vom Auto-

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

matensspiel abhängig, krankhafte Spielsucht zerstört ihre soziale, berufliche und materielle Lebenssituation.

Dem kann und darf die Politik nicht tatenlos zusehen. Die Spielhallenflut ist zu stoppen und zurückzudrängen. Gleichzeitig sind der Spielerschutz und die Präventionsarbeit gerade bei Jugendlichen zu stärken, denn Jugendliche bilden anerkanntermaßen eine besondere Risikogruppe für Glücksspielsucht. Im Rahmen eines Gesamtkonzepts zur Eindämmung der Spielhallenflut und der Spielsucht sind daher Initiativen auf allen politischen Ebenen notwendig.

Berlin bietet mit den vorhandenen Einrichtungen zur Glücksspielprävention oder der Kampagne „Fauls Spiel! Der Automat gewinnt immer“ bereits Angebote zur aktiven Prävention. Durch das sprunghafte Anwachsen des Angebotes an Spielmöglichkeiten besteht jedoch dringender Bedarf, die Ausstattung und Wahrnehmung vorhandener Angebote zu verbessern und um neue Präventionsprojekte und –kampagnen zu ergänzen, um den Spielerschutz in der Stadt zu verbessern und dramatische Lebensschicksale im Vorfeld zu verhindern.

Die Erhebung der Berliner Fachstelle für Suchtprävention hat u.a. gezeigt, dass selbst einfach umzusetzende Präventionsmaßnahmen wie ein Aushang der Jugendschutzbestimmungen oder die Auslage von Informationsmaterial über Risiken des übermäßigen Spielens in Spielhallen häufig nicht umgesetzt werden. Hier besteht dringender Vollzugsbedarf, der durch eine gezielte Ansprache von Spielhallenbetreibern und deren Mitarbeitern unterstützt werden kann.

Zur Finanzierung der Kosten zusätzlicher Präventionsarbeit ist ein Teil der Einnahmen des Landes aus der Vergnügungssteuer auf die Benutzung von Spielautomaten einzusetzen.

Berlin, 17. Januar 2011

Müller Jahnke Buchholz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Wolf Klemm
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion